



18. März 2019
19:30 Uhr
Ratssaal im Rathaus

Gastrednerin:
Mona Neubaur
Landesvorsitzende
GRÜNE NRW

GRUENE-BORNHEIM.DE/BORNHEIM-2030

Bornheim 2030

Visionen für eine Grüne Stadtentwicklung

Einladung an alle Bürgerinnen und Bürger

Wie soll sich Bornheim weiterentwickeln?
Die Bornheimer Grünen stellen
ihre Ideen für eine nachhaltige
Stadtentwicklung vor.



Ortsverband B'90/Die Grünen Bornheim:
Vorüberlegungen zum Kommunalwahlprogramm 2020 / Masterplan 2030

„Unsere Stadt soll grüner werden“

Bornheim 2030:

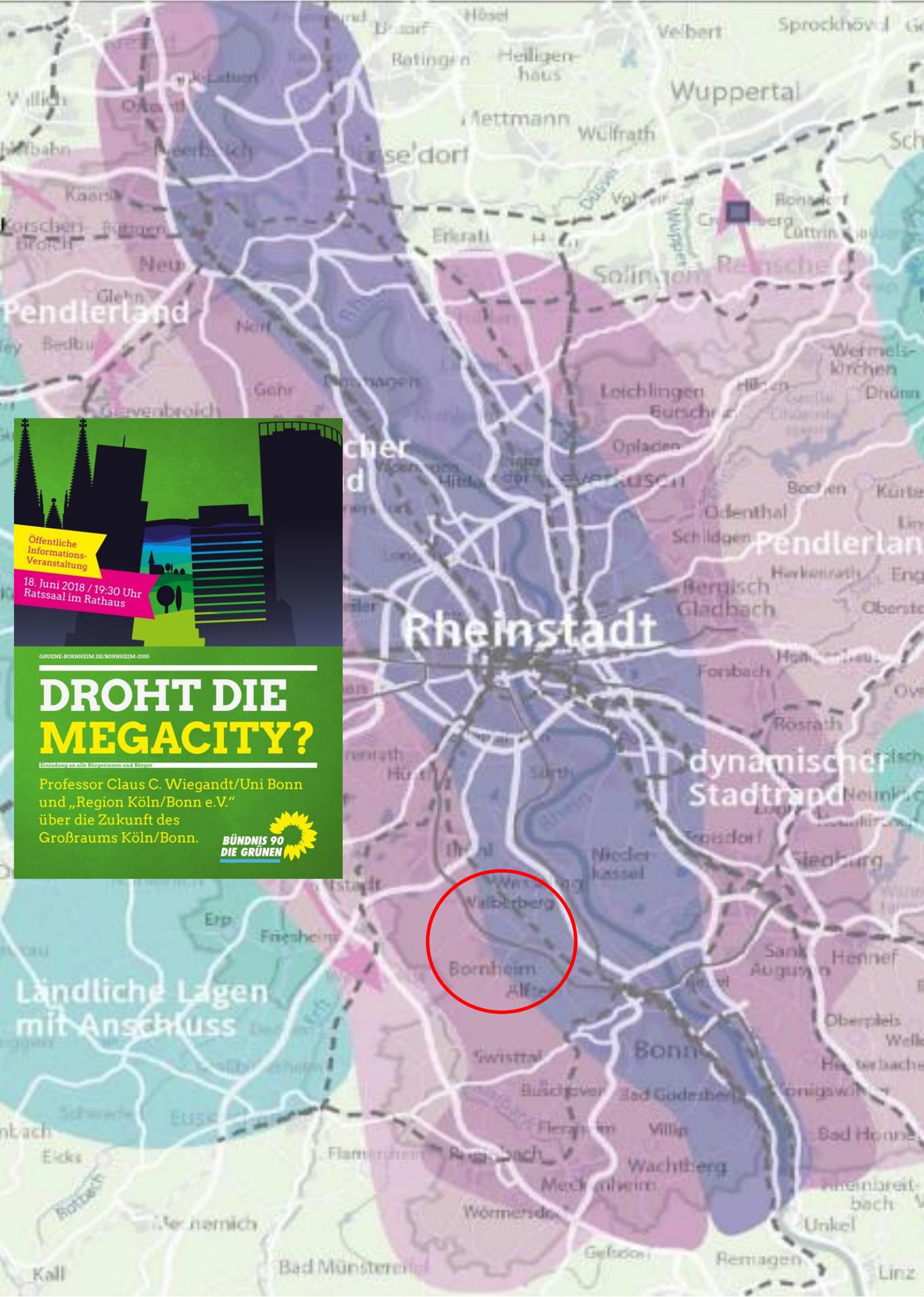
Visionen für eine grüne & nachhaltige Stadtentwicklung

Stand: 1. Oktober 2019

Die Lage: Bornheim heute & in Zukunft	5
Bornheim boomt	5
Der Platz wird knapp.....	5
Was bringt die Zukunft?	5
Vision – Leitbild – Masterplan: Bornheim 2030/2050	7
1. Grundsätzliches	8
1.1 Bevölkerungswachstum steuern	8
1.2 Flächenverbrauch minimieren.....	8
2. Überregionale Zusammenarbeit	9
2.1 Überregionales Gesamtkonzept entwickeln	9
2.2 Interkommunale Zusammenarbeit ausweiten	9
3. Gewerbe	11
3.1 Gewerbeflächen intelligenter nutzen.....	11
3.2 Kommunales Gewerbeflächenmanagement aufbauen	11
4. Wohnraum	13
4.1 Wohnraum-Management einführen.....	13
4.2 Wohnungsbau verdichten	13
4.3 Kommunale Wohnungsbaugesellschaft & Quote für geförderten Wohnraum.....	14
4.4 Ökologisches & klimaneutrales Bauen fördern.....	14
5. Naturschutz & Landwirtschaft	15
5.1 Naturschutz verbessern.....	15
5.2 Landwirtschaft nachhaltiger machen	16

2

6. Dorfentwicklung	17
6.1 Dorfentwicklung fördern	17
6.3 Innenentwicklung vor Außenentwicklung.....	18
6.3 Seniorengerechte Dörfer	19
7. Verkehr & Mobilität	20
7.1 Verkehr vermeiden	20
7.2 Verkehrsträger leistungsfähiger machen	20
7.3 Fahrradnutzung erleichtern.....	21
7.4 Fußgänger schützen.....	21
8. Energie & Klima	22
8.1 „Energistadt Bornheim“	22
8.2 Klimaneutrales Bornheim	22
Fazit:	23
Anhang 1: Landflucht	24
Landflucht überregional bekämpfen	24
Erste Ideen für einen Masterplan zur Bekämpfung der Landflucht:	25
Anhang 2: Forderungen gegen den Klimawandel	27



Öffentliche Informations-Veranstaltung

18. Juni 2018 / 19:30 Uhr
Ratssaal im Rathaus

GRUENE.BORNHEIM.DE/BORNHEIM-2019

DROHT DIE MEGACITY?

Einladung an alle Bürgerinnen und Bürger

Professor Claus C. Wiegandt/Uni Bonn
und „Region Köln/Bonn e.V.“
über die Zukunft des
Großraums Köln/Bonn.



BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Ländliche Lagen
mit Anschluss



Bornheim
Alf

Die Lage: Bornheim heute & in Zukunft

Bornheim boomt

Es ist nicht zu übersehen: Bornheim boomt, wächst und wandelt sich immer schneller.

War Bornheim in den 1960er Jahren noch eine beschauliche Kette landwirtschaftlich geprägter Dörfchen an Ville und Rhein, alle zusammen keine **30.000** Einwohner, so ist Bornheim heute ein attraktives Zuzugsgebiet für die Menschen in der Großregion Köln/Bonn mit fast **50.000** Einwohnern (4.2.2019: 49.726).

Das hat Folgen: Um die alten Ortskerne haben sich Gürtel von Neubaugebieten gelegt, die die Grenzen der Orte verschwinden lassen. Weit ausgreifende Gewerbeflächen haben Obstbäume und Gemüsefelder verdrängt. Die Verkehrsachsen sind überlastet: Nur mühsam erreichen die Pendler über die volle Autobahn, die Eisenbahn sowie die Stadtbahnlinien 16 und 18 ihre Arbeitsstätten in Köln und Bonn. Zahlreiche Kitas, Grundschulen und weiterführenden Schulen wurden gebaut und reichen doch kaum aus, um die Kinder der 50.000 Bornheimer*innen aufzunehmen.

Der Platz wird knapp

Das Problem: Wir haben jeden Quadratmeter Bornheims nur einmal. Die Zeiten des sorglosen Flächenverbrauchs sind also vorbei. Die Konkurrenz zwischen Wohnungsbau, Gewerbe, Landwirtschaft und Natur wächst. Das treibt die Bodenpreise und die Mieten in die Höhe. Auf der Strecke bleibt dabei alles, was nicht verwertbar ist: Die Umwelt, die Artenvielfalt, Lebensraum für Tiere und Pflanzen. Aber auch bezahlbarer Wohnraum wird immer teuer, Gewerbeflächen knapp und die Landwirtschaft zurückgedrängt. Platz für die so wertvollen ökologischen Nischen, die vom Menschen gar nicht genutzt werden, gibt es immer weniger.

Was bringt die Zukunft?

Die Region ist attraktiv. Köln und sein Umland erwartet 100.000 neue Einwohner, bis 2040 sogar 200.000, Bonn rund 30.000. Allerdings sind die großen Städte völlig damit überfordert, ausreichend Wohnraum für diese Menschen zu schaffen. Deshalb wird ein Teil von ihnen ins Umland ausweichen. Auch Industrie- und Gewerbebetriebe finden in den Städten vielfach keine Flächen mehr und weichen ins Umland aus (z.B. Haribo). Oder noch schlimmer: Sie finden Flächen und schaffen zwar Arbeitsplätze, aber keinen Wohnraum für ihre Mitarbeiter*innen (z.B. in Bonn die Post oder die Firmen im Bonner Bogen).

Die Folgen für die Umlandgemeinden wie Bornheim liegen auf der Hand: Die Flächenkonkurrenz nimmt weiter zu, Bodenpreise und Mieten explodieren, die Pendlerströme auf einer ohnehin überlasteten Infrastruktur wachsen, neue teure Infrastruktur muss gebaut werden. Der Druck auf die Kommunen wächst, immer neue Gewerbegebiete und Wohnbauflächen auszuweisen. Flächen werden dabei versiegelt und gehen Landwirtschaft und Umwelt verloren, die Dörfer verschwimmen im langweiligen Siedlungsbrei zwischen Köln und Bonn.

Wird Bornheim also unweigerlich zum Kernbereich oder zumindest zum „dynamischen Stadtrand“ einer „Megacity Rheinstadt“, wie der Verein Region Köln/Bonn e.V. prophezeit? Oder lassen sich diese Entwicklung und der unkontrollierte Wildwuchs stoppen?

Was kann Bornheim tun?

Bislang sah sich Bornheim vor allem als Opfer dieser Entwicklung und hat lediglich reagiert: Um die Steuereinnahmen zu steigern, hat die Stadt Gewerbegebiete ausgewiesen und auch schnell verkauft und entwickelt. Unter dem Druck von Investoren und Zuzugswilligen werden Bebauungspläne aufgestellt und immer neue Baugebiete erschlossen.

Beides folgt nach unserer Ansicht keiner Logik einer systematischen, abgestimmten, nachhaltigen und zukunftssicheren Stadtentwicklung mit definierten Zielen, sondern geschieht bislang eher zufällig, getrieben und unter dem Zwang der Verhältnisse.

6

Damit muss jetzt Schluss sein!

Im Vergleich zu den Großstädten oder den Nachbarkommunen Brühl oder Hürth sind wir in Bornheim noch in einer recht komfortablen Situation: Es gibt noch viele freie Flächen, die Begehrlichkeiten wecken, es gibt keine ernsthaften sozialen Brennpunkte, die Arbeitslosigkeit ist niedrig, Unternehmen wollen sich hier ansiedeln, die Infrastruktur ist im Wesentlichen gut ausgebaut und belastete Industriebrachen fehlen.

Gerade darum ist es aber höchste Zeit, parteiübergreifend ein Gesamtkonzept zur Stadtentwicklung zu beschließen, einen Masterplan, wie es in Bornheim weitergehen soll. Wir sollten die aktuelle Attraktivität Bornheims nutzen, um unsere Stadt nachhaltig weiterzuentwickeln und zugleich ihre Identität zu bewahren.

Vision – Leitbild – Masterplan: Bornheim 2030/2050

Es ist höchste Zeit, ein Konzept zu entwickeln, wie Bornheim 2030 und 2050 aussehen soll. Wie wollen wir in Bornheim leben, arbeiten und mobil sein? Bornheim muss endlich gestalten und agieren statt nur recht konzeptionslos zu reagieren. Nur so kann die Stadt zukunftsfähig bleiben. Das Konzept „Bornheim 2030“ soll parteiübergreifend zustimmungsfähig sein, damit es nicht bei der nächsten Kommunalwahl wieder gekippt wird. Auf der Basis einer gemeinsamen Vision soll ein Masterplan für die weitere Stadtentwicklung erstellt werden.

Denn weiterentwickeln muss die Stadt sich. Stillstand ist keine Option. Wer sich nicht selbst entwickelt, der wird entwickelt; wer keine Entwicklung vorantreibt, der wird von der Entwicklung vor sich her getrieben.

Bornheim muss das Heft des Handels wieder in die Hand nehmen.

Dazu gehört es auch, den Zuwanderungsdruck nicht nur als Problem wahrzunehmen, sondern auch als Chance der Stadtentwicklung, z.B. um die Lebensfähigkeit und Attraktivität der alten Ortskerne zu erhöhen oder dem demografischen Wandel zu begegnen.

Wir haben erste Ideen für eine Vision „Bornheim 2030“ entwickelt, die wir im Dialog mit den Bürgern weiterentwickeln und zu einem **Leitbild und Masterplan** ausbauen wollen, aus dem sich dann wieder konkrete Maßnahmen und Projekte ergeben. Was ist uns wichtig? Wohin möchten wir uns entwickeln? Zu diesem Dialog laden wir am Samstag, dem 15. Juni nachmittags in die Jugendakademie Walberberg. In mehreren Arbeitsgruppen sollen hier dann unsere Ideen debattiert und weiterentwickelt werden und in konkrete Projekte für die Politik münden – und das Grüne Kommunalwahlprogramm 2020.

7

Folgende erste Ideen haben wir für die Vision „Bornheim 2030“

1. Grundsätzliches

1.1 Bevölkerungswachstum steuern

Die Bevölkerung Bornheims wird und darf behutsam weiterwachsen. Die Großregion Düsseldorf/Köln/Bonn ist Wachstumsregion und Zuzugsgebiet (während andere, ländliche Regionen immer mehr Menschen verlieren) und davon kann Bornheim sich nicht abkoppeln.

Wir wollen und müssen Mitverantwortung für die Gesamtentwicklung der Region übernehmen. Der Zuzug in wenige Wachstumsregionen („Schwarmstädte“) ist eine bundesweite und auch globale Entwicklung, die – wenn überhaupt – nur auf Bundes- oder EU-Ebene gesteuert werden kann (ein paar Ideen dazu im Anhang), aber kaum von Bornheim aus.

Aber schon deshalb, weil die Entwicklung der notwendigen Infrastruktur (Kitas, Schulen, Straßen, ÖPNV) hinter der Entwicklung der Wohnbevölkerung herhinkt, müssen wir Bornheimer das Wachstumstempo drosseln. Wir müssen vielleicht sogar eine Obergrenze festlegen, wie groß Bornheim werden soll, und diese Entwicklung dann mit möglichst wenig Flächenverbrauch ökologisch, nachhaltig und sozial verträglich gestalten.

1.2 Flächenverbrauch minimieren

Wenn also die Ausweisung weiterer Flächen (i.d.R. also die Umwandlung landwirtschaftlicher Flächen in Gewerbe- und Wohngebiete) nicht ganz verhindert werden kann, muss doch bei dieser Weiterentwicklung der Flächenverbrauch möglichst minimiert werden. Das ist das oberste Prinzip, um zukunftsfähig zu bleiben.

Wenn wir es schaffen, mehr Menschen (oder Gewerbebetriebe) auf jedem Hektar Bauland unterzubringen, senkt das den Flächenverbrauch. **Kompakteres Bauen** darf daher auch für den Wohnungsbau kein Tabu sein. Wenn die Gestaltung der Freiflächen um die Gebäude herum gut ist, dann wächst auch die Akzeptanz für Verdichtung. In den alten Ortslagen selber können zahlreiche Flächen behutsam nachverdichtet werden. Zusätzlich sollte versucht werden, bereits „verbrauchte“ Flächen zurückzugewinnen.

Müssen wir dem Zuwanderungsdruck nachgeben? Nicht alle Flächen, die der aktuelle Flächennutzungsplan als Baugebiete für Gewerbe oder Wohnungen ausweist, müssen auch wirklich in den nächsten Jahren bebaut werden. Wir sollten für die Zukunft sparen. Und wenn, dann klüger, effizienter, ressourcensparender als bisher. Das muss bei jedem einzelnen neuen Baugebiet und Bebauungsplan optimiert werden.

2. Überregionale Zusammenarbeit

2.1 Überregionales Gesamtkonzept entwickeln

Für die Entwicklung der Region Köln/Bonn muss von den betroffenen Kommunen gemeinsam mit der Bezirksregierung ein überregionales Gesamtkonzept entwickelt werden, das die geplante Entwicklung beschreibt und die überregionale Zusammenarbeit der Kommunen steuert. Dabei geht es z.B. um

- eine **Verlangsamung** (oder sogar Umkehrung) der Landflucht aus den peripheren Lagen der Region in die Ballungszentren (s. Anhang)
- eine gleichmäßigere und gezieltere **Verteilung der Lasten** und Bevölkerungszuwächse,
- eine abgestimmte oder sogar gemeinsame Ausweisung und Entwicklung von **Bau- und Gewerbegebieten**,
- den gemeinsamen **Freiflächenschutz** („Grünes C“),
- die optimale Ausnutzung und gemeinsame Nutzung der vorhandenen **Infrastruktur** (v.a. Verkehr und Bildung),
- die gemeinsame Nutzung der **Gewerbesteuern** für eine überregionale Steuerung der Gewebeansiedlung – statt für kommunales Steuerdumping,
- ein gemeinsames Konzept für den Umgang mit dem (teils wanderungsbedingten) **demografischen Wandel**
- eine koordinierte und gemeinsame **Gewerbeförderung** u.a. mit dem Ziel, Gewerbestandorte an der Peripherie im ländlichen Raum zu erhalten

9

Wenn Bornheim seine Ackerflächen schützt, aber nebenan in Wesseling großräumig gebaut wird (z.B. bei Gut Eichholz), dann betrifft das auch Bornheim und es wäre Kirchturmspolitik, sich nicht mit Wesseling abzustimmen.

2.2 Interkommunale Zusammenarbeit ausweiten

Im Rahmen dieses Gesamtkonzeptes muss daher die interkommunale Zusammenarbeit mit den Nachbarkommunen Alfter, Swisttal, Wesseling und Brühl deutlich verstärkt und verbessert werden, z.B. im Bereich der Schulentwicklung Sek II, aber auch im Bereich der Verwaltungszusammenarbeit: Interne Verwaltungsbereiche (wie bestimmte Personalamtsleistungen, Einkauf, Maschinennutzung, bestimmte zentrale Dienste wie Bauhöfe, Rechnungsprüfungsamt) können bei gemeinsamer Bewirtschaftung Kosten senken.

Außerdem sollten die zahlreichen, bereits vorhandenen „offiziellen“ Strukturen der interkommunalen Zusammenarbeit (z.B. Regionalrat, Regionaler Arbeitskreis, Wirtschaftsförderung Bornheim/Alfter, Verkehrsverbände, Metropolregion, VHS, Zusammenarbeit auf Kreis- und RP-Ebene) besser genutzt werden. Gleichzeitig müssen auch die „inoffiziellen“ z.B. parteiinternen Strukturen der Vernetzung ausgebaut, z.B. durch gemeinsame Mitgliederversammlungen, Fraktions- und Vorstandssitzungen.

Da können noch viele Ideen entwickelt werden, auch kreisübergreifend und mit den beiden Großstädten Köln und Bonn.

3. Gewerbe

3.1 Gewerbeflächen intelligenter nutzen

Das Prinzip der Minimierung des Flächenverbrauchs muss ebenfalls für die Gewerbeflächen gelten. Wieviel Wachstum und Gewerbe kann/will Bornheim verkraften? Parkplätze oder einstöckige Lagerhallen können nicht das Ziel der Bornheimer Gewerbeentwicklung sein. In der Abwägung zwischen verschiedenen Interessenten um die wertvolle Gewerbeflächen muss der minimale Flächenverbrauch bei maximalem Nutzen berücksichtigt werden. Entsprechende **Kriterien für die Wirtschaftsförderung** müssen aufgestellt und überprüft werden. Wir brauchen Arbeitsplätze und Gewerbesteuerzahler, aber keine riesigen Lager- und Logistikflächen. Hochwertige Arbeitsplätze gehören nicht nur in zentralen Bereiche der großen Städte, sondern auch in die Umlandkommunen. Was ist nachhaltige Wirtschaftsförderung?

Zudem: Wer Arbeitsplätze schafft, muss auch (nahen) Wohnraum schaffen. Es kann nicht sein, dass z.B. am Bonner Bogen zwar 4.500 Arbeitsplätze entstanden sind und 2.000 weitere folgen sollen, aber fast keine Wohnungen.

3.2 Kommunales Gewerbeflächenmanagement aufbauen

11

Bornheim braucht natürlich Gewerbeflächen, aber muss dafür die Versiegelung endlos weitergehen? Aufgabe eines kommunalen Flächenmanagements wäre es, über die Verdichtung bereits bestehender Bebauung und über die bessere Nutzung von Flächen nachzudenken. Wenn weite Parkplatzflächen durch Hoch- oder Tiefgaragen ersetzt würden (wie beim Roisdorfer „SUTI Center“) wäre das eine erfreuliche Entwicklung. Stellflächen für Autos sind zwar notwendig, aber sicherlich die schlechteste Raumnutzung. Wenn Porta und Bauhaus in Roisdorf Tiefgaragen statt Parkplätze gebaut hätten, hätte man doppelt so viele Unternehmen auf den knappen Gewerbeflächen ansiedeln können. Welche eine Verschwendung!

Wie sollen Gewerbefläche ökologisch, nachhaltig gestaltet werden? Das kommunale Flächenmanagement sollte zugleich intensiv über die **Entsiegelung von Flächen** nachdenken und **Ausgleichsflächen** überwachen und vielleicht sogar weiter aufwerten, damit sie ihren Zweck erfüllen. Grundsätzlich ist eine **ökologische Aufwertung** von Flächen anzustreben, wie es z.B. mit den Obstblütenlandschaften geschieht.

Schließlich sollten große Gewerbeflächen in der Nähe von **Bahnhöfen**, die von den Gewerbetreibenden gar nicht mehr genutzt werden, aber für Wohnbebauung ideal wären, vermieden werden. Wenn solche Flächen von Gewerbe genutzt werden (wie jetzt beim Landgard), sollte

mittel- oder langfristig sogar eine Umsiedlung ins Auge gefasst werden, um diese bahnnahen Flächen für den Wohnungsbau zu nutzen.

4. Wohnraum

4.1 Wohnraum-Management einführen

Der demografische Wandel bringt es mit sich, dass immer mehr ältere Menschen alleine in großen Häusern oder Wohnungen leben. Wenn sie das möchten und können, dann sollen sie das auch tun. Aber ein städtisches Wohnraum-Management könnte diesen Senioren in ihren Dörfern und Quartieren attraktive Alternativen wie z.B. kleinere, barrierefreie Wohnungen anbieten (die ggf. gebaut werden müssten), die sie vielleicht auch als befreiend empfinden, und damit neuen Wohnraum für junge Familien gewinnen. Ein kommunales Wohnraum-Management könnte helfen, dass jede*r die Wohnung bekommt, die sie/er braucht.

Das städtische Wohnraummanagement könnte Leerstände beobachten, ein Verzeichnis (Kataster) der Baulücken und innerörtlichen Brachflächen anlegen und mit dem Eigentümern Gespräche über eine Nutzung oder Bebauung der Grundstücke führen. Das im Baugesetzbuch vorgesehene „Baugebot (§ 176) innerhalb von Ortschaften könnte angewandt werden, notfalls bis hin zum ebenfalls hier vorgesehen Enteignungsverfahren (§ 85).

4.2 Wohnungsbau verdichten

Damit Wohnraum in Bornheim bezahlbar bleibt und wir nicht nur wohlhabende Eigenheimkäufer aus Bonn abwerben, die sozial schwächere Mieter weiter nach Außen verdrängen (das droht, wenn wir nichts tun), sondern damit wir eine soziale Mischung erreichen (und zugleich den Flächenverbrauch minimieren), brauchen wir weniger freistehende Einfamilienhäuser sondern mehr **Geschosswohnungsbau** (mit Tiefgaragen) mit unterschiedlich großen Wohnungen. Auf diese Weise bekommen wir ein vielfältigeres Wohnraum-Angebot (**Diversität**) für unterschiedlichste Wohnbedürfnisse und erreichen generationengemischte und schichtengemischte Neubaugebiete.

„**Verdichtung**“ darf also kein Tabu sein, denn auch eine verdichtete Bebauung mit vier oder mehr Stockwerken kann schön und lebenswert sein, besonders wenn es darum herum ausreichend ansprechende Freiflächen gibt. Wenn dabei einzelne Straßenzüge oder Quartiere mit mehr städtischem als ländlichem Charakter entstehen, dann entspricht das dem immer städtischer werdenden Charakter Bornheim und seiner Bevölkerung. Bornheim muss dafür die passenden **Investoren**, die dazu bereit sind, als Partner mit ins Boot holen

Ein positives Beispiel für Verdichtung: 30 oder 40 Wohneinheiten pro Hektar, wie sie derzeit in Bornheim realisiert werden, sind für diese Region nicht mehr zeitgemäß. Stattdessen gibt

es großartige städtebauliche Entwürfe mit 65 Wohnungen pro Hektar, wie z.B. das preisgekrönte 3,7 ha große Neubaugebiet „Quartier Moldrickx“ im ländlichen Münster-Kinderhaus mit dreistöckigen Mehrfamilienhäusern und weniger Reihenhäuser: Auf den 3,7 ha entstehen 240 WE inkl. einer achtgruppigen Kita und einer zentralen Grünfläche mit Kinderspielplatz – parteiübergreifend gefeiert und von der CDU in Münster sogar als „genial“ bezeichnet. Hier finden auf den knappen Flächen doppelt so viele Menschen ein Zuhause, ohne dass ein sozialer Brennpunkt entsteht. Einige Bilder:



4.3 Kommunale Wohnungsbaugesellschaft & Quote für geförderten Wohnraum

Mit Hilfe von kommunalen **Wohnungsbaugesellschaften** (des Kreises, der Nachbarkommunen und notfalls einer eigenen in Bornheim) sollte die Stadt sich unabhängiger von privaten Investoren machen, den Wohnungsbau selbst in die Hand nehmen und dabei einen höheren Anteil an sozialem Wohnungsbau realisieren. Eine feste Mindestquote für geförderten Wohnraum ist ein wichtiges Instrument, das Wohnen bezahlbar zu halten.

14

4.4 Ökologisches & klimaneutrales Bauen fördern

Mit Hilfe von kommunalen Baugesellschaften wird es auch leichter sein, **ökologisch oder sogar klimaneutral** zu bauen. Es gibt Häuser, die erzeugen mehr Energie, als sie verbrauchen. Es sollten also verstärkt Passivhäuser / Nullenergiehäuser / Plusenergiehäuser gebaut werden. Eine Möglichkeit, auf die Bauherren Einfluss zu nehmen, sind die Bebauungspläne oder Gestaltungssatzungen. Es darf in Bornheim keinen gewerblichen oder privaten Neubau ohne Solaranlage auf dem Dach oder **Dachbegrünung** mehr geben. Die Stadt muss eine kostenlose Beratung für Solarenergie, Wärmepumpen oder Erdwärme anbieten! Kleineres Baugebiet als sollte probeweise als **klimaneutrales Quartier** ausgeschrieben werden. „Kreiselwohnen“ fördern.

5. Naturschutz & Landwirtschaft

5.1 Naturschutz verbessern

Aktuell hat der Naturschutz die schlechtesten Karten in der vielfachen Konkurrenz um Fläche, weil hier keine kommerziellen Interessen bedient werden. Als GRÜNE ist es für uns natürlich zentral, dass die vorhandenen Natur- und Landschaftsschutzgebiete nicht angetastet, sondern erhalten, gepflegt und vernetzt werden. Wir brauchen Frischluftschneisen zwischen den Dörfern und möglichst viele Rückzugsgebiete für Tiere und Pflanzen. Auch in diesem Zusammenhang ist eine Kontrolle der Ausgleichsflächen wichtig, die nicht zu Müllhalden verkommen dürfen.

Letztlich sind es auch die Kommunen, die den **Klimaschutz** voranbringen müssen, wenn EU, Bund und Land nicht die notwendigen Schritte einleiten. Denn z.B. durch Dürren oder Starkregen, neue Insekten und Pflanzen bei gleichzeitigem Verschwinden von alten Arten, sind wir hier vor Ort vom Klimawandel betroffen. Viele Kommunen haben sich zu entsprechenden **Netzwerken** zusammengeschlossen, denen sich Bornheim anschließen sollte.

Möglichkeiten des kommunalen Naturschutzes gibt es viele:

- Verabschiedung einer kommunalen Baumschutzsatzung
- Renaturierung von Bächen, Schaffen von Überlaufmöglichkeiten
- Schutz und Aufwertung der vorhandenen Freiflächen
- Erhalt der Frischluftschneisen zwischen den Dörfern
- Ökologisch orientierte Pflege der öffentlichen Freiflächen: Kein Mähen blühender Wiesen (Konzept „Stadtgrün“ entwickeln)
- Überwachung und ggf. Aufwertung der Ausgleichsflächen (dürfen nicht zu Müllhalten verkommen)
- Entsiegelung von betonierten/asphaltierten Flächen
- Verhinderung von „Steingärten“ vor Privathäusern statt echter „grüner“ Gärten
- Verzicht auf chemischen Pflanzenschutz
- Förderung der Dachbegrünung
- Anlegen und Erhalten von Kleingewässer
- Ausbau der Streuobstwiesen als ökologisch wertvolle alte Kulturlandschaften
- Blühstreifen und Hecken in den landwirtschaftlich genutzten Flächen

15

- Schutz des Grünen „C“
- Schutz von Freiräumen vor Aufforstung
- Einschränkung der Gülle-Verklappung, um die Nitratbelastung des Grundwassers zu senken
- Vernetzung der Biotope
- Ausweitung und Vernetzung von Naturschutzgebieten
- Einwicklung eines kommunales Konzept „Biodiversität“
- Auflagen für Baugebiete zur Schaffung neuer Lebensräume (Gestaltungssatzung)
- Kontrollierte Vernässung der Wälder auf der Villehochfläche (statt Entwässerung)
- Vermeidung von Plastik, wo immer es geht (siehe die Initiative „Plastikfreies Alter“)
- Nutzung der ökologischen Potenziale der Friedhöfe
- Waldränder entwickeln: Der Übergang von Freiraum zum Wald besitzt hohes ökologisches Potenzial, häufig wird aber die Landwirtschaft direkt bis zum Wald betrieben und dieses extrem wichtige Lebensraum zerstört.
- Lichtverschmutzung reduzieren
- Ökologische Auflagen für Gewerbe und Privathäuser überwachen

5.2 Landwirtschaft nachhaltiger machen

Zu einer verantwortungsvollen und nachhaltigen Bodennutzung gehört auch, große Monokulturen oder Sonderkulturen nur für die Biogas-Herstellung zu vermeiden und stattdessen schonende Formen der Landwirtschaft zu fördern, die bewusst Artenschutz und Biodiversität unterstützen. Die Bornheimer Bio-Betriebe bieten hier bereits einen großartigen Ansatz und die Stadt muss alles tun, um deren Entwicklung zu fördern, z.B. durch die Förderung der regionale Vermarktung. Zugleich muss Bornheim aber auch das Gespräch mit den großen konventionellen Betrieben suchen, die vermutlich viele Möglichkeiten haben, umweltfreundlicher zur wirtschaften, oder schon weiter sind, als wir denken.

6. Dorfentwicklung

6.1 Dorfentwicklung fördern

Wir wollen nicht in einer Großstadt wohnen. Deshalb müssen die dörflichen Strukturen in Bornheim erhalten und geschützt werden. Statt zu einem durchgehenden Siedlungsbrei zwischen Köln und Bonn zu verkommen, sollten die Städte klare Grenzen haben und sich vom ländlichen Raum und von den Dörfern unterscheiden.

Aber was bedeutet „Dorf“ heute? Was unterscheidet das Dorf (jenseits aller Sozialromantik) vom städtischen „Veedel“ oder der Kleinstadt?

- Das Dorf zeichnet sich durch eine besondere Lebensqualität aus, die sich von der Stadt z.B. durch mehr Ruhe, bessere Luft, Freiräume und mehr nachbarschaftliche Kontakte auszeichnet.
- Die Bebauung ist niedriger als in der Stadt (in unseren Straßendörfern aber durchaus drei- bis vierstöckig), es gibt eine ortstypische Baukultur, die für eine gewisse Einheitlichkeit sorgt. Neubauten passen sich dem an.
- Im Zentrum des Dorfs befinden sich Dorfplatz, Kirche, Kneipe und Grundschule (bei unseren Straßendörfern auch nebeneinander)
- Es gibt eine sichtbare und nahe Grenze, an der das Dorf in die Land(wirt)schaft übergeht.
- Es gibt fußläufige Nahversorgung – wenn schon kein Bäcker und kein Metzger mehr, dann wenigstens ein Supermarkt und eine Kneipe.
- Das Dorf ist politische Einheit mit einem Ortsvorsteher und Dorfversammlungen
- Es gibt gemeinsame Feste und dörfliches Brauchtum, zu dem alle Einwohner eingeladen sind. Neubürger können rasch integriert werden.
- Dafür gibt es Gemeinschaftseinrichtungen und Treffpunkte
- Es gibt dörfliche Sozialstrukturen wie Sport- und Traditionsvereine, die sozial übergreifende Angebote machen und so Menschen verbinden.

Was davon ist Sozialromantik und ohnehin schon verloren, was ist neu und zukunftsweisend? Vielleicht könnte man auch mit der Alanus-Hochschule ein zukunftsweisendes Konzept entwickeln, was man tun könnte, um dörfliche Strukturen zu erhalten und zu stärken.

6.3 Innenentwicklung vor Außenentwicklung

Das Ziel einer Vision „Bornheim 2030“ muss es sein, die Bornheimer Dörfer lebendig und lebensfähig zu erhalten. Revitalisierung versus Verödung. Dazu muss der Stillstand in den alten Ortskernen überwunden werden, indem sich Neubürger nicht nur in den Neubaugebieten am Ortsrand, sondern innerhalb der alten Ortskerne (mit weniger Flächenverbrauch) ansiedeln. Nach dem Vorbild der GFO in Merten (Nora Beißel) können Quartiersmanager dabei helfen, Neubürger und Alteingesessenen näher zusammenzubringen und die Dorfgemeinschaften zu stärken

Zur „Nachverdichtung“ der Orte gehört:

- Leerstände entlang der Zentralachsen der alten Straßendörfer und der Siedlungen aus den 1950er und 1960er Jahren beseitigen
(eine Aufgabe für das städtische Wohnraum-Management)
- **Baulücken schließen**
- Altbauten sanieren, möglichst Erhalt der alten Bausubstanz
- „Bauen in der zweite Reihe“ zulassen und sogar fördern: Rückwärtige Scheunen in Wohnraum verwandeln
- Brachflächen reaktivieren und Freiflächen innerhalb der alten Ortskerne (ehemalige Felder und Gemüsegärten) nutzen, falls dadurch nicht wertvolle ökologische Nischen zerstört werden.
- Zuparken der engen alten Straßen verhindern: Parkplätze am Rande der alten Ortskerne oder in den Innenhöfen
- Sicherung und Wiederaufbau der dörfliche Infrastruktur, z.B.
 - durch einen ÖPNV, der die alten Ortskerne bedient,
 - die Nahversorgung mit Lebensmitteln (z.B. durch Kooperationsvereinbarungen mit Großkonzernen, städtische Initiativen oder Genossenschaften)
 - die Schaffung von Versammlungsorten und Treffpunkten,
 - besonders für Jugendliche
 - Erhalt der vorhandenen Kneipen und Gaststätten
 - den Ausbau bzw. die Ertüchtigung von Verkehrs- und Parkflächen,
 - bevorzugte Breitbandversorgung,
 - Ausbau der technischen Infrastruktur wie den Kanälen
 - Erhalt von Sportstätten und Sportvereinen

6.3 Seniorengerechte Dörfer

Angesichts des demografischen Wandels ist auch die Wohnbarkeit der alten Ortskerne für Senioren wichtig. Dazu gehören

- Barrierefreiheit/ der Straßen und Gehwege, d.h. die Schaffung von ebenerdigen Überwegen, keine „runden“ Straßenprofile
- Niveaugleiche Flächen als Bürgersteige
- Öffentliche Toiletten in den Zentren
- Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h durchsetzen
- Lebensmittel-Nahversorgung, notfalls auch mobil (mit Treffpunkten zur gemeinsamen Bestellung)
- Parkplätze am Rande der alten Ortskerne
- „Parkbänke“, „Mitfahrbank“
- Mit Hilfe von Quartiersmanagern und anderen Projekten die Senioren aus ihrer Isolation herausholen

Baulücken im Süden von Walberberg



7. Verkehr & Mobilität

7.1 Verkehr vermeiden

Im Rahmen eines Masterplans „Bornheim 2030“ müssen Anstrengungen unternommen werden, die Verkehrsströme zu reduzieren und zu lenken bzw. zu verteilen, um die Verkehrsinfrastruktur zu entlasten, den Energieverbrauch und die Emissionen zu senken und Ressourcen zu sparen. Der beste Verkehr ist derjenige, der nicht entsteht.

Der klassische grüne Ansatz, Verkehr von der Straße auf die Schiene zu verlagern, funktioniert nur eingeschränkt, weil die Bahnen bereits an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angekommen sind und der weitere Ausbau viele Jahre dauern wird. So wird der durchgehend zweispurige Ausbau der Linie 18 von den Grünen zwar schon seit Jahrzehnten gefordert, aber da diese Forderung lange ungehört verhallte, wird er (wie auch die S-Bahn zwischen Köln und Bonn) noch viele weitere Jahre auf sich warten lassen.

Es gibt aber trotzdem Möglichkeiten zur **Reduzierung des Verkehrs**:

- Entzerrung der Arbeitszeiten, um Stoßzeiten zu vermeiden
- Mehr Homeoffice-Arbeitsplätze (dazu Breitbandausbau)
- Ausbau der innerörtlichen Busverbindungen (Demografischer Wandel)
- „Pedibus“ statt „Elterntaxi“ (Vorbild Sebastianschule)
- Fahrräder statt Schulbus
- Dezentralisierung der Nahversorgung
- Dezentralisierung der Arbeitsplätze: Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Umland, um die Pendlerströme umzukehren

20

7.2 Verkehrsträger leistungsfähiger machen

Zudem gibt es Möglichkeiten die Attraktivität und Leistungsfähigkeit der vorhandenen Verkehrsträger zu steigern:

Stadtbahn / ÖPNV:

- Taktverdichtung der Linie 16 und 18. Ausschöpfung aller elektronischen Möglichkeit (Digitalisierung) für eine Taktverdichtung
- Zweispuriger Ausbau der Linie 18
- Verlängerung der Haltestellen für längere Züge, attraktivere Haltestellen. barrierefreier Ausbau der Haltestellen
- Bessere Vernetzung des ÖPNV (Abstimmung zwischen Bussen und Bahnen)
- Verbesserung des Angebote an den Wochenende und Nachts (Nachtbusnetz)

- (Fast) kostenloser ÖPNV
- Pendelbusse zwischen Köln und Bonn während des Berufsverkehrs im 5-Minuten-Takt auf einer eigenen Spur
- Pendlerströme beim Ausbau des ÖPNV stärker berücksichtigen. ÖPNV muss dorthin fahren, wo gearbeitet wird. Fehlende Verbindung nach Wesseling.
- Bessere Kommunikation über und Vermarktung der Angebote, z.B. Mitfahrerportal der Stadt oder Anruf-Sammel-Taxi
- Verlagerung des Güterverkehrs auf wenig genutzte ehemalige Werks-Trassen wie die Nordsüd-Erft-Trasse der RWE

Auto:

- Auto: Mehr Mitfahrparkplätze an den Autobahnauffahrten
- Mitfahrbänke aufstellen
- Apps für Mitfahrgelegenheiten bewerben, Mitfahrportal der Stadt modernisieren
- Freigabe von Fahrspuren in den Städten (oder sogar auf der Autobahn) nur für vollbesetzte Autos

7.3 Fahrradnutzung erleichtern

Ganz wichtig für die „Verkehrswende“ und Bornheim „2030“: Die stärkere Nutzung des Fahrrads. Dazu ist Folgendes nötig:

- Mehr Fahrradwege entlang der Landstraßen / Kreisstraßen
- Ausbau der Radschnell- bzw. Radpendlerwege (u.a. am Rhein entlang)
- Die neuen Chancen der E-Bikes nutzen (längere Wege sind per Rad machbar)
- Mobilitätstationen an den Bahnhöfen
- Umweltverbund zwischen Rad und Bahn (Vernetzung)
- Leihfahrräder
- Sichere Abstellmöglichkeiten für Fahrräder an Bahnstationen, z.B. andere Fahrradständer, Fahrradboxen oder Fahrradgaragen

7.4 Fußgänger schützen

Mobilität vom schwächsten Verkehrsteilnehmer denken und aufbauen: Erst das zu Fuß gehende Kind und am Ende das Auto!

Bürgersteige dürfen keine Mobilitätshemmnisse sein (zu schmal, zu schief, zu hoch für Kinderwagen, Rollstühle oder Rollatoren)

8. Energie & Klima

8.1 „Energistadt Bornheim“

Zur ökologischen Stadtentwicklung gehört auch die Energieversorgung.

Zum Grünen Konzept einer „Energistadt“ Bornheim gehören viele Aspekte, z.B.:

- Energieverbrauch von Bornheim vor Ort erzeugen
- Möglichst viel dezentrale & regenerativen Stromerzeugung in Bornheim: Windrädern, Biogas, Fotovoltaik, Erdwärme und Holzhackschnitzeln den
- Bürgerwindkraftanlagen & Bürgersolaranlagen
- Frei in der Strömung des Rheins liegende Turbine im (Strom-Boje)
(<http://s523185842.online.de/das-projekt>; <https://www.aqualibre-finanz.at/>)
- Umstellung aller öffentlichen Gebäude auf Ökostrom
- Energetische Sanierung der öffentlichen Gebäude
- Öffentliche Dachflächen mit Photovoltaikanlagen bestücken oder begrünen
- Kostenlose Energieberatung für alle Bürger
- Energie einsparen
- Elektrotrankstellen
- Mobilitätskonzept zur Senkung des CO₂-Ausstoß (Radverkehr fördern)
- Vernetzung von Notstromaggregaten prüfen → Nutzung bei Spitzenstrombedarf
- Plan zur Anpassung an den Klimawandel aufstellen

22

8.2 Klimaneutrales Bornheim

Auch Bornheim ist vom Klimawandel betroffen: Extreme Wetterereignisse, wie Hitzeperioden, Dürren und Starkregen nehmen zu, „alteingesessene“ Tier- und Pflanzenarten verschwinden, neue Insekten und Pflanzen siedeln sich an.

Nicht nur deshalb muss Bornheim seinen Beitrag zum Klimaschutz leisten und bis 2050 klimaneutral sein, d.h. kein CO₂ erzeugen. Das bedeutet konkret

- Neubaugebiete klimaneutral gestalten (einzelne Häuser ohne Emissionen)
- Emissionen aus dem Verkehr reduzieren, d.h. Verkehr reduzieren
- Sanierung von Altbauten durch Beratung und Unterstützung voranbringen
- Klimanotstand ausrufen: In allen Entscheidungen müssen die Auswirkungen auf das Klima berücksichtigt werden
- Solaranlagen & Windräder bauen

- Entsiegelung von Flächen, Verhinderung von Steingärten
- Pflanzen von Bäumen als wichtiges Mittel gegen den Klimawandel (Abkühlung und CO₂-Speicherung)
- Begrünung von Gewerbeflächen, Garagen, Bushaltestellen, Fassaden
- Kommunale Klima-Netzwerk nutzen

Fazit:

- Bornheim boomt, aber wir können jeden Quadratmeter nur einmal bebauen.
- Es gibt eine wachsende Konkurrenz von Gewerbe, Wohnen, Landwirtschaft und Freiflächen zulasten v.a. der Natur
- Ziel: Bornheimer Identität bewahren & Zuzug als Chance nutzen
- Bornheim muss raus aus der Opferhaltung und der reinen Reaktion auf externe Forderungen, und stattdessen für die nachhaltige Stadtentwicklung parteiübergreifend einen Masterplan entwickeln, beschließen und umsetzen.
- Zentrales Ziel ist die Zukunftsfähigkeit der Stadt durch die Senkung des Flächenverbrauchs, sowohl für Wohnen als auch für Gewerbe.
- Das ermöglicht eine weitere Entwicklung und weiteren Zuzug, ohne dass die Stadt sich in einen gesichtslosen Siedlungsbrei verwandelt.
- Mittel dazu sind u.a. ein kommunales Flächenmanagement, die effizientere Nutzung von Gewerbeflächen und die Verdichtung beim Wohnungsbau.
- Zudem: Chancen zur Wiederbelebung der alten Ortskerne nutzen

Anhang 1: Landflucht

Landflucht überregional bekämpfen

Die zentrale Ursache der Bornheimer Probleme sind die Wanderungsbewegungen vom ländlichen Raum in die Ballungszentren. Während in der Stadt die Mieten und Grundstückspreise explodieren, die Infrastruktur kollabiert, Kitas und Schulen überfüllt sind und fehlen, Firmen sich ansiedeln (aber keine Flächen dafür finden und ihre Mitarbeiter keine Wohnungen), Ärzte sich um die Patienten reißen und finanziell schwächere Menschen in die Randbereiche verdrängt werden, fallen in den ländlichen Regionen (auch schon in der Eifel oder am Ost- rand des Rhein-Sieg-Kreises) die Immobilienpreise, Gebäude stehen leer, Firmen ziehen fort, Ärzte fehlen, Geschäfte werden geschlossen, Buslinien eingestellt und der demografische Wandel (Überalterung) ist kaum zu bewältigen.

Als Reaktion darauf diskutieren Kommunen, Land und Bund derzeit die „Wohnungsnot“ und der Verein Region Köln/Bonn versucht mit einem „Agglomerationskonzept“ den Bevölkerungszuwachs zu steuern und zu bewältigen.

Dabei gerät die zentrale Ursache der Probleme weitgehend aus dem Blick: Die Wanderungsbewegung vom Land in die Stadt – nennen wir es ruhig „Landflucht“. Es gibt zwar seitens einiger Landesregierungen erste zarte Ansätze, hier steuernd einzugreifen, aber insgesamt halten Politik und Verwaltung diese Wanderungsbewegung offenbar für eine Art Naturkatastrophe, die nicht zu steuern oder zu bremsen ist.

Dem ist aber nicht so: Die Wanderungsbewegung hat Ursachen und Motive. Es gibt beschleunigende, aber auch retardierende Momente. Es ist also zumindest theoretisch möglich, die Landflucht zu bremsen, zu stoppen, vielleicht sogar umzudrehen. Dazu bedarf es allerdings deutlicher steuerlicher, politischer und gesellschaftlicher Impulse und Anreize, die die Landflucht zumindest zu verlangsamen. Das kann aber nur bei einer intensiven interkommunalen Zusammenarbeit mit Unterstützung von Land und Bund funktionieren und geht weit über das hinaus, was Bornheim allein leisten kann. Allerdings kann Bornheim (und die Bornheimer Grünen) Vorschläge machen, Forderungen stellen, Initiativen starten, Vernetzungen initiieren und das Thema auf die Tagesordnungen der überregionalen Verbände setzen bzw. entsprechende Initiativen anderer Kommunen, Einrichtungen oder des Landes unterstützen.

Trägt man die Ursachen der Landflucht zusammen und addiert die wenigen Impulse, die es zu seiner Verlangsamung schon gibt, kommt man auf ...

Erste Ideen für einen Masterplan zur Bekämpfung der Landflucht:

1. **Wirtschaftsförderung:** Arbeitsplätze sind das wichtigste, um der Landflucht entgegen zu wirken. Kein Unternehmen darf mehr vom Land in die Stadt umziehen (müssen). Gerade mittelständische Familienunternehmen sind auf dem Land vertreten, oftmals ihrem Ort sehr verbunden, und müssen unterstützt werden, damit sie weder wegziehen noch untergehen. Möglichkeiten dazu sind:
 - Im Gespräch bleiben und genau zuhören: Wo drückt der Schuh? Besteht die Gefahr der Abwanderung? Was braucht das Unternehmen? Wie kann die Kommune es unterstützen? Jeder Eigentümer oder Geschäftsführer muss wissen, dass seine Kommune großes Interesse am Erhalt seines Unternehmens vor Ort hat, und er muss auch wissen, wen er anrufen muss, wenn es Probleme gibt und er Unterstützung benötigt.
 - Steuerliche Anreize, auch bei der Gewerbesteuer
 - Unterstützung bei der Suche nach Fachkräften durch die Kommunen und Wirtschaftsförderung
 - Bereitstellung ausreichender und preiswerter Gewerbeflächen
 - Verbesserung der Verkehrsanbindung
 - Breitbandnetzausbau
2. **Verkehr.** Pendeln erleichtern: Erhalt und Verbesserung der **Verkehrsinfrastruktur** mit Bahn, Bus und AST.
3. **Kinderbetreuung.** Erhalt und Verbesserung der Versorgung mit **Kitas** (und anderer Kinderbetreuung) und **Schulen**. Zwergschulen erhalten statt lange Schulwege erzwingen
4. **Bildung.** Ansiedlung von **Weiterbildungseinrichtungen** (z.B. Fachhochschulen) im ländlichen Raum
5. **Dezentralisierung:** Umsiedlung von **Behörden** in den ländlichen Raum
6. Falls das ein Problem ist: Freigabe von Flächen entlang der ÖPNV-Achsen für die Bebauung, Landgemeinden bekommen mehr Spielraum bei der Flächengestaltung.
7. **Erhalt und Verbesserung der Nahversorgung:** Wenn der letzten Laden zumacht, müssen notfalls die Kommunen die Nahversorgung in die Hand nehmen. Denkbar ist auch politischer Druck auf die mächtigen und reichen Branchenriesen wie REWE oder Edeka, die Nahversorgung auf dem Land sicherzustellen, z.B. Genehmigung für einen neuen Markt in Bornheim, Köln oder Bonn, nur bei Einrichtung oder Erhalt eines Ladens auf

dem Land in Much oder Windeck – das geht nur mit einer intensiven interkommunalen Zusammenarbeit.

8. **Medizinische Versorgung.** Anreize für Ärzte, auf dem Land zu bleiben, z.B. Nur wer fünf Jahre eine Landpraxis hatte, bekommt eine Lizenz für die Stadt; es gibt Ansätzen für Quoten, für Stipendien, für bessere Vergütung oder andere Anreize, aufs Land zu kommen (Gesundheitszentren), mobile Praxen
9. **Kulturelle** Angebote fördern
10. **Freizeiteinrichtungen** erhalten (beides als überregionale Aufgabe und nicht von den Landkommunen allein zu leisten)
11. **Verstärkte Zusammenarbeit** der ländlichen Kommunen, bis hin zu Zusammenschlüssen (um trotz des Bevölkerungsverlustes Arbeitsfähig zu bleiben, Schwimmbäder und Krankenhäuser zu erhalten)
12. **Stimmungswandel:** Positive Berichte über das Landleben fördern. Werbung machen für den Verbleib im Dorf, positive Seiten herausstellen: Günstige Grundstückspreise, Gute Luft, nachwachsende Rohstoffe vor der Tür, kein Verkehrschaos, keine überfüllten Schulkassen.

Anhang 2: Forderungen gegen den Klimawandel

Das im September verkündete „Klimapaket“ der Bundesregierung ist ein lächerlichen Witz und ein Schlag ins Gesicht all deren, die sich ernsthaft um Lösungen für den Klimaschutz bemühen. Es ist mutlos und kleinkariert. Die Wissenschaft scheint sich weitgehend einig zu sein, dass die Maßnahmen des Klimapaket zu spät kommen und zu klein sind, um Wirkung zu zeigen. So hat die ab 2021 geplante CO₂-Bepreisung über Zertifikatehandel in Höhe von 10 Euro pro Tonne CO₂ voraussichtlich keinerlei Wirkung auf den das Verkehrsverhalten. Die Vorschläge zeigen, dass die „Große Koalition“ die Dramatik der Situation immer noch nicht verstanden hat. Offenbar hat die Bundesregierung noch mehr Angst vor ihren Wählern (deren Einsichtsfähigkeit sie unterschätzt) als vor dem Klimawandel, oder sie verlässt sich darauf, dass das Verhalten Deutschlands den Klimawandel weder herbeiführen noch verhindern kann, dass also andere das Klima schon retten werden, und will solange die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft nicht schwächen.

Die Bornheimer Grünen fordern klare Maßnahmen gegen den Klimawandel:

1. Energieerzeugung

- a. Möglichst rascher Ausstieg aus der Braunkohlenverstromung bis 2025. Bis dahin in Spanien die nötigen Solaranlagen bauen, um unseren Strom zu erzeugen.
- b. Ökostromerzeugung fördern
- c. Faire und realistische Klimaschutzabgaben von 40 Euro pro Tonne als CO₂-Steuer auf fossile Brennstoffe wie Benzin, Diesel, Flugbenzin, Gas, Heizöl.
- d. Investition dieser Mittel in Maßnahmen zur CO₂-Reduzierung
- e. Subventionen für fossile Brennstoffe abschaffen

2. Verkehr:

- a. Verkehr vermeiden
- b. Verbot von Flügen unter 500 Kilometer
- c. Ausbau der Bahn-Verbindungen (Das wird natürlich ein paar Jahr dauern , aber dann wird eben ein Weile weniger gereist)
- d. Billigflüge durch hohe Steuern reduzieren
- e. Tempobegrenzung auf 100 km/h (ggf. zunächst begrenzt auf 5 Jahre). Das hat zwar keine gewaltigen Auswirkungen auf die CO₂-Emissionen, aber eine enorme Signalwirkungen
- f. Ernsthaften Zwang auf die Autoindustrie ausüben, die Flotten zügig auf alternative Antriebe umzustellen. Lithium-Ionen-Batterien sind keine Lösung

- g. Massiver Ausbau des ÖPNV, um den berufsbedingten Individualverkehr einzuschränken, z.B. Pendelbusse zwischen Köln und Bonn im 5-Minuten-Takt auf einer eigenen Spur

3. Landwirtschaft:

- a. Verbot der Massentierhaltung (wobei zu überlegen ist, wie man den Import von Billigfleisch begrenzen kann)
- b. Reduktion des Pflügens (große CO₂-Quelle). Wo die Böden es erlauben: Umstellung auf Direktsaat, konservierende Bodenbearbeitung mit minimalen Störungen des Bodens (Minimalbodenbearbeitung), Fruchtfolgen und dauerhafte Begrünung (bindet das CO₂ im Boden)
- c. Nitratverklappung reduzieren
- d. Aufforstung wo immer es geht. Auch in Bornheim könnten man noch ein paar tausend Bäume mehr pflanzen. Wir sollten einen entsprechenden Antrag stellen.

4. Industrie

- a. Reduzierung von Methan-Emissionen in der Erdöl-, Gas- und Chemie-Industrie
- b. Zementproduktion klimafreundlicher machen
- c. Fluorkohlenwasserstoffe (FKW) vermeiden (echte Klimakiller)

5. Konsumverhalten ändern

- a. Bio und Regional kaufen
- b. Weniger Fleisch
- c. Weniger Plastik
- d. Mehrweg statt Einweg
- e. Müll vermeiden
- f. Weniger Lebensmittel wegwerfen
- g. Weniger überflüssigen Plunder kaufen
- h. Gehen und Radfahren statt Autofahren
- i. Klimafreundliches Freizeiverhalten

- 6. **Beschleunigungsgesetze**, damit nicht Stromtrassen und Windkraftanlagen ewig von Verwaltungen und Bürgerinitiativen aufgehalten werden können. Die Verfahren müssen kürzen, die Einspruchsmöglichkeiten verringert werden. Selbst wir in Bornheim sollten unsere Position zu Windrädern auf der Ville noch mal überdenken.

- 7. **Wachstum** neu definieren. Klasse statt Masse, Intelligent statt wuchtig, qualitativ statt quantitativ. Geld macht nicht glücklich, Wohlstand ist nicht nur wirtschaftlich definiert.